Sitzungsvorlage

FB / Aktenzeichen		Vorlage	Datum
I/40	öffentlich	2013/120	15.08.2013

BERATUNGSFOLGE		Beratungsergebnis			
Gremium	Termin	EST	Ja	Nein	Enth.
Bildungs-, Generationen- und Sozialaus- schuss	08.10.2013				

Schulsozialarbeit an den gemeindlichen Schulen
- Bericht der Schulsozialarbeiterinnen
- Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes

Beschlussvorschlag:

Der Bericht zur Schulsozialarbeit an den gemeindlichen Schulen wird zur Kenntnis genommen.

Haushaltsrechtliche Auswirkungen:

Die Personalaufwendungen für die an der Josef-Annegarn-Schule tätige Schulsozialarbeiterin werden aus dem gemeindlichen Haushalt finanziert.

Die neu eingerichteten Teilzeitstellen für Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes an den gemeindlichen Schulen sind nicht im Stellenplan aufgeführt, da es sich um für drei Jahre befristete Stellen handelt. Bei der Gemeinde Ostbevern verbleibt kein Eigenanteil, da die Personalaufwendungen zu 100 % aus dem Bildungs- und Teilhabepaket erstattet werden.

Gleichstellung:

Es werden gleichstellungsrelevante Fragen tangiert.

ja [**X**] nein []

[**X**] Die Gleichstellungsbeauftragte ist beteiligt worden.

Sachdarstellung:

A. Schulsozialarbeit an der Josef-Annegarn-Schule

Nachdem der Rat der Gemeinde Ostbevern sich im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2009 dafür ausgesprochen hat, eine/n Schulsozialarbeiter/in an der Josef-Annegarn-Schule als Teilzeitbeschäftigte/n mit 19 Wochenstunden dauerhaft einzustellen, hat Frau Sonja Awizus im September 2009 diese Stelle angetreten. Aufgrund der Geburt ihres Kindes im Mai 2010 war während ihrer Elternzeit Frau Natalie Droste bis Anfang 2013 als Schulsozialarbeiterin an der Josef-Annegarn-Schule tätig.

Frau Awizus hat im Frühjahr 2013 ihren Dienst wieder aufgenommen und wird in der Sitzung des Bildungs-, Generationen- und Sozialausschusses am 8. Oktober 2013 sich und ihre Arbeit vorstellen.

B. Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes

Am 29. März 2011 sind die gesetzlichen Grundlagen für das Bildungs- und Teilhabepaket in Kraft getreten. Das Finanzvolumen des Bildungs- und Teilhabepaketes umfasst 778 Mio. €. In den Jahren 2011 bis 2013 stehen darüber hinaus jährlich jeweils 120 Mio. € für Schulsozialarbeit zur Verfügung.

Für den Kreis Warendorf stehen jährlich über 800.000 € zur Verfügung, mit denen kreisweit rd. 16 Stellen, davon 3 bei den Berufskollegs, finanziert werden können. Die Gemeinden und Städte haben mit dem Kreis Warendorf eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung geschlossen, wonach die Mittel im Verhältnis der Anzahl der Leistungsberechtigten für Bildung und Teilhabe auf die 13 Kommunen verteilt werden. Schwerpunkte der Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes im Kreis Warendorf sollen die frühe Hilfen und der Übergang Schule / Beruf sein.

Der Rat der Gemeinde Ostbevern hat in seiner Sitzung im Oktober 2011 beschlossen, dass das für Ostbevern zur Verfügung stehende jährliche Budget von rd. 20.000 € zu ca. 2/3 im Bereich der Grundschulen für „frühe Hilfen“ und ca. 1/3 im Bereich der Josef-Annegarn-Schule für den „Übergang Schule/Beruf“ verwendet werden soll.

Gemeinsam mit den Leitungen der gemeindlichen Schulen und unter Einbeziehung der Träger der außerunterrichtlichen Angebote an den Schulen hat die Verwaltung ein Personalkonzept erarbeitet, welches zum 1. Dezember 2011 wie folgt umgesetzt wurde:

- An den Grundschulen erfolgt die Aufgabenwahrnehmung im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes durch die jeweiligen Leitungen der Offenen Ganztagschulen. Mit Frau Stefanie Wübbels, Franz-von-Assisi-Schule, und mit Frau Ruth Uennigmann, Ambrosius-Grundschule, wurden befristete Arbeitsverträge bis 31.12.2013 mit jeweils 7 Std./wchtl. geschlossen. Mit Beginn dieses Jahres wurde die wöchentliche Arbeitszeit auf Wunsch der Beschäftigten auf 5,5 Std. reduziert.
- An der Josef-Annegarn-Schule wurde von Ende 2011 bis Anfang 2013 die wöchentliche Arbeitszeit der (damaligen) Schulsozialarbeiterin Frau Droste um 7 Std./Woche erhöht. Die jetzige Schulsozialarbeiterin Frau Awizus kann aus persönlichen Gründen diese zusätzlich zu leistenden Arbeiten nicht durchführen, so dass die Besetzung der Stelle Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes derzeit vakant ist. Die Verwaltung sucht gemeinsam mit der Schulleitung der Josef-Annegarn-Schule nach Lösungsmöglichkeiten. Hierzu wird in der Sitzung berichtet.

Frau Wübbels und Frau Uennigmann werden ebenfalls in der Sitzung des Bildungs-, Generationen- und Sozialausschusses am 8. Oktober 2013 sich und ihre Arbeit vorstellen.

C. mögliche Fortführung der Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes

Die Länder Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz haben einen Gesetzesantrag zur Weiterfinanzierung von Schulsozialarbeit und Mittagessen in Horteinrichtungen in den Bundesrat eingebracht. Ziel der von den beiden Ländern beabsichtigten Änderung bzgl. des Bildungs- und Teilhabepaketes ist es, auch nach dem Jahr 2013 sicherzustellen, dass für alle im Leistungsbezug des SGB II stehenden Kinder und Jugendlichen eine angemessene Teilnahme am gesellschaftlichen und sozialkulturellen Leben durch Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes erreichbar wird und die Finanzierung für Mehraufwendungen für Mittagessen in Horteinrichtungen gewährleistet wird.

Hintergrund dieser Gesetzesinitiative ist, dass die Finanzierung der Schulsozialarbeit durch den Bund im Rahmen der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung der kommunalen Grundsicherungsträger zum 31.12.2013 ausläuft. Zur

Weiterfinanzierung von Sozialarbeit und sonstigen Projekten im Bereich der Grundsi-
cherung für Arbeitsuchende, die den Zugang von Kindern und Jugendlichen zu Leis-
tungen des Bildungs- und Teilhabepakets sicherstellen, sei eine Entfristung der Bun-
desregelung erforderlich.

Der Bundesrat hat dem Gesetzesantrag Anfang Mai 2013 zugestimmt und diesen der
Bundesregierung zur Einbringung in den Bundestag zugeleitet. Im Juni 2013 fand die
erste Beratung zu dem Gesetzesvorhaben statt. Sofern in dieser Legislaturperiode das
Gesetzgebungsverfahren nicht mehr abgeschlossen wird, verfällt das Vorhaben we-
gen des Diskontinuitätsgrundsatzes nach der Bundestagswahl 2013. In diesem Fall
wäre eine neue Gesetzesinitiative in der folgenden Legislaturperiode erforderlich, um
eine Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit zu ermöglichen.

Der Rat der Gemeinde Ostbevern hat in seiner Sitzung am 11. Juli 2013 folgenden
Beschluss gefasst:

„Der Rat der Gemeinde Ostbevern fordert die Landesregierung auf, entspre-
chend ihrer Verantwortung und Zuständigkeit für die Bildungspolitik in NRW
die Finanzierung für die Schulsozialarbeit nach Auslaufen der freiwilligen Kos-
tenübernahme durch den Bund sicherzustellen.“

Die Verwaltung hat mit Schreiben vom 12.07.2013 sowohl die Ministerpräsidentin,
Frau Hannelore Kraft, die Ministerin für Schule und Weiterbildung, Frau Sylvia Löhr-
mann, als auch die Landtagsabgeordneten im Kreis Warendorf, Frau Astrid Birkhahn
und Frau Annette Watermann-Krass, gebeten, sich für die dauerhafte Finanzierung
der Schulsozialarbeit einzusetzen.

Die Antwortschreiben sind dieser Sitzungsvorlage als Anlagen 1 bis 4 beigefügt.

Der Kreis Warendorf teilt auf Anfrage nunmehr mit, dass die in den Vorjahren nicht
verbrauchten Mittel in das Jahr 2014 übertragen und verausgabt werden können, so
dass die Finanzierung der Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabe-
paketes in 2014 gesichert und fortgeführt werden kann. Die Verwaltung beabsichtigt
daher, die Arbeitsverträge mit den Schulsozialarbeiterinnen Uennigmann und Wüb-
bels bis zum 31.1.2.2014 zu verlängern.

Joachim Schindler
Bürgermeister

Hubertus Stegemann
Fachbereichsleiter

Sachbearbeiter